

lich. Die Schlussfassung soll am 30.06.2008 veröffentlicht werden. Der Entwurf des Textes sowie weitere Informationen zum Konvent können unter

http://ec.europa.eu/energy/climate_actions/mayors/doc/mayors_covenants_de.pdf

abgerufen werden. Weitere Einzelheiten (englisch) unter

http://ec.europa.eu/energy/climate_actions/mayors/index_en.htm

4. Meeresverschmutzung

Die Kommission bereitet wirksame Sanktionen gegen Meeresverschmutzer vor. Durch eine Richtlinie soll eine bestehende Regelung ersetzt werden, die vom Europäischen Gerichtshof für nichtig erklärt worden ist. Zum Schutz vor Meeresverschmutzung durch illegale Entsorgung von Öl und anderen gefährlichen Abfällen sollen die Mitgliedsländer gezwungen werden, die verantwortlichen Kapitäne und Reeder strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Die Richtlinie verpflichtet daher die Mitgliedsländer gegen verantwortliche Schiffsbetreiber, zu deren Gunsten die Meeresverschmutzung begangen worden ist, mit abschreckenden Sanktionen vorzugehen. Die Richtlinie soll auch die Möglichkeit eröffnen, Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten einzuleiten, die nicht entschieden genug gegen die Verantwortlichen vorgehen. Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/420&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

5. Gläubigerschutz

In der EU soll das Schuldnervermögen transparenter werden. Mit einem Grün-buch hat die Kommission eine Konsultation zu der Frage eingeleitet, wie der Gläubiger innerhalb einer angemessenen Frist zuverlässige Auskünfte über das Vermögen seines Schuldners in einem anderen Mitgliedstaat erhält. Das Auskunfts-recht der Gläubiger soll durch verbesserte Registerauskünfte (Handels-, Melde-, Sozialversicherungs- und Steuerregister) und eine Offenbarungsver-sicherung des Schuldners verbessert werden. Ein Handbuch zum/zur Zwangsvollstreckungsrecht und –praxis in den Mitgliedstaaten sind weitere Maßnahmen, die von der Kommission zur Diskussion gestellt worden sind. Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/395&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

6. EU – Feuerwehr

Die Schaffung einer EU-Katastrophenschutztruppe nimmt Gestalt an. Das Parlament hatte am 4.9.2007 eine „Europäische Feuerwehr“ gefordert, die unter Verwendung der vorhandenen Ressourcen der Mitgliedstaaten bei Überschwemmungen, Waldbränden, Erdbeben, Industrieunfällen und Verseuchung von Seen und Meeren zum Einsatz kommen soll. Die Kommission hat nun in einer Mitteilung vom 5.März einen Aktionsplan mit spezifischen Maßnahmen für Ende 2008 vorgestellt. U.a. soll eine bereits bestehende Einsatzstelle der EU zu einem richtigen Operationszentrum ausgebaut werden — mit Bereitschaftskontingenten in den Mitgliedstaaten oder sogar mit eigenen, Eu-finanzierten Einsatzkräften, z.B. Löschflugzeugen. Vorgesehen ist auch ein europäisches Ausbildungsnetz für Katastrophenschutz, das auf das Know-how der Mitgliedstaaten im Bereich des Zivilschutzes zurückgreift. Die Entschließung des Parlaments vom 4.9.2007 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0362+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Die Mitteilung der Kommission vom 5.3.2008 unter

7. EU-Ferienordnung ?

Wird es eine europäische Ferienordnung geben? Das ist derzeit überhaupt noch nicht absehbar. Das Parlament hat in einem Initiativbericht vom 29.10.2007 zum Thema "Eine neue EU-Tourismuspolitik" die Kommission aufgefordert, die Idee einer zeitlich und regional gestaffelten europäischen Ferienordnung einer Folgenabschätzung zu unterziehen. Die Entzerrung der europäischen Ferienordnung würde nicht nur eine bessere Auslastung der touristischen Klein- und Mittelbetriebe bringen und das europäische Verkehrsnetz entlasten, sondern die Hauptsaisonzeiten entzerren und damit für den Konsumenten weniger hohe Preise bedeuten. Eine vertiefte Diskussion wird erst beginnen, wenn die Kommission die geforderte Folgenabschätzung vorlegt. Der Initiativbericht (dort Ziff. 84) unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0575+0+DOC+XML+V0//DE>

8. Hotelklassifizierung

Das Parlament hat eine harmonisierte Hotelklassifizierung in Europa befürwortet. In einem Initiativbericht zum Thema "Eine neue EU-Tourismuspolitik" wird gefordert, dass die Verbraucher präzise Informationen über die Bedeutung der Klassifizierung erhalten, egal in welchen Mitgliedstaat sie reisen; so bedeuteten drei Sterne in Amsterdam nicht immer denselben Komfort wie in Athen. Ziel ist (noch) nicht ein einheitliches System der Hotelklassifizierung in ganz Europa. Es soll aber (in einem ersten Schritt) eine gemeinsame Ausgangsbasis mit einheitlichen Kriterien geschaffen werden, die die Bedeutung der "Sterne" in den einzelnen Mitgliedstaaten besser verständlich macht. Das Parlament hat die Kommission aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Vertretungen des Beherbergungsgewerbes eine Methodik zur Schaffung von Mindeststandards für die Beherbergungsleistungen festzulegen, wobei die Einführung einer CE-Kennzeichnung für Unterkünfte ausdrücklich angesprochen wurde. Der Initiativbericht (dort Ziffer 19 ff) unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0575+0+DOC+XML+V0//DE>

9. Leseschwäche

In der EU kann jeder vierte Schüler nicht richtig lesen. Das hat ein Vergleich der Daten aus der PISA-Studie vom Dezember 2007 ergeben. Der Anteil leseschwacher Schüler wuchs von 21,3% aller 15-Jährigen im Jahr 2000 auf 24,1% im Jahr 2006. Damit hatte fast jeder vierte junge Europäer mit Problemen beim Lesen zu kämpfen. Texte werden so schlecht verstanden, dass es für eine Berufsausbildung nicht reicht. Als leseschwach gelten die Schüler, die größere Probleme haben, eine Tageszeitung oder ein einfacheres Buch zu lesen. In Deutschland verbesserte sich die Lesefähigkeit zwar gegen den EU-Trend von 22,6% auf 20,0%, weit entfernt allerdings von dem EU-Ziel, diesen Wert bis zum Jahr 2010 auf 17% zu senken.

10. Magnetspielzeug

Magnetspielzeug muss in den EU-Staaten einen Warnhinweis tragen. Das betrifft Spielzeug, das unbefestigte oder ablösbare Magnete sowie andere magnetische Bestandteile enthält, die von Kindern verschluckt werden können. Bei dem Warnhinweis handelt es sich um eine vorläufige Lösung, um die Zeit bis zum Abschluss der Normüberarbeitung durch das Europäische Komitee für Normung (CEN) zu überbrücken. Im Sommer 2009 soll die aktualisierte Norm vorliegen. In der Zwischenzeit soll der vorgeschlagene Warnhinweis auf allen Magnet-

spielzeugen angebracht werden, die für Kinder eine Gefahr darstellen könnten. Deutschland hat bereits die Empfehlung ausgegeben, diese Hinweise ab 2008 auf freiwilliger Basis einzuführen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/345&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>